

Hans-Gerd Jaschke

Verschlungene Traditionen: Zur Geschichte des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik¹

Dr. Hans-Gerd Jaschke, geb. 1952 in Lautert/Westerwald, Studium der Politikwissenschaft, Germanistik, Pädagogik und Philosophie in Frankfurt, seit 1979 wissenschaftlicher Mitarbeiter, seit 1985 Hochschulassistent für Politikwissenschaft am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt.

Die parlamentarischen Erfolge der „Republikaner“, der NPD in Frankfurt und auch die Offensive der DVU-Liste D kamen für manche politische Beobachter überraschend und unerwartet. Von einer politisch ernsthaften Herausforderung von rechts konnte über Jahre nicht die Rede sein, fristeten doch die NPD und andere Kleingruppen ein Schattendasein unterhalb der Ein-Prozent-Marke. Zunehmende soziale Konflikte wie Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit sowie Akzeptanz- und Integrationsprobleme gegenüber Asylbewerbern und Aussiedlern werden jetzt mit guten Gründen für das neue Protestverhalten und die Renaissance des Rechtsextremismus verantwortlich gemacht. Gefördert wird der Rechts-Trend durch sinkende Partei-Bindungen, durch einen Verlust der Integrationskraft der „Mitte“ und schwierige Identitätsbildung in der „Risikogesellschaft“ (Beck). Solche Erklärungen sind nicht von der Hand zu weisen, aber sie sind nur die halbe Wahrheit. Die Wahlerfolge für Rechtsaußen kommen nicht über Nacht. Sie basieren nicht zuletzt auf Traditionen, Erfahrungen und Lernprozessen des rechten Lagers in vier Jahrzehnten. Sie zu kennen erscheint aus einem doppelten Grund von Bedeutung: Die gegen-

¹ Dieser Beitrag rekonstruiert überblicksweise Grundlinien des organisierten Rechtsextremismus im historischpolitischen Zusammenhang. Nicht berücksichtigt wird das, was man als „Nachleben des Faschismus in der Demokratie“ (Adorno) bezeichnen konnte. Kollektive rechte und rechtsextreme Einstellungen, Orientierungen, Verhaltensmuster, öffentliche wie private. Ihre Geschichte ist noch nicht geschrieben.

wärtigen Strategien rechtsaußen knüpfen an die Erfahrungen ihrer Vorläufer an und lernen insbesondere aus dem Scheitern der älteren NPD. Auch die demokratischen Gegenstrategien beziehen sich auf frühere Formen des „Antifaschismus“ oder der „streitbaren Demokratie“ -häufig freilich unreflektiert, ohne Kenntnis der Konfliktstrukturen und Handlungsperspektiven, die seit den fünfziger Jahren die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus leiten. An diesen Zusammenhang gilt es zu erinnern, wenn politische Perspektiven gegen rechts ins Zentrum der politischen Debatten rücken - zumindest bis zur Bundestagswahl 1990 mit ihren womöglich prekären Problemen der Mehrheitsbildung.

Organisierter Rechtsextremismus entwickelt sich nicht von selbst, nicht außerhalb der Gesellschaft, sondern in der permanenten Auseinandersetzung mit der demokratischen Mehrheitskultur, ihren Institutionen, Deutungs-, Integrations- und Ausgrenzungsstrategien. Ein Überblick über seine Geschichte in der Bundesrepublik muß beachten: Protestformen von rechts waren und sind verwoben in die Strukturen von Politik und Gesellschaft. Eine schematische Gegenüberstellung von Gut und Böse, Demokratie und Extremismus, wie sie zum Beispiel in den Verfassungsschutzberichten seit Jahren vorgenommen wird, kann nur davon ablenken, daß es Defizite der Gesellschaft sind, an denen sich rechtsextreme Protestformen entzünden.

Angesichts der Vielzahl von zum Teil kurzlebigen Organisationen und Kleingruppen, der durchaus heterogenen Ausrichtung und der Unübersichtlichkeit der gesamten Rechtsaußen-Szene scheint es sinnvoll, der nachfolgenden periodischen Einteilung ein paar Bemerkungen voranzustellen über die historisch-politische Ausgangslage Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre. Nach dem Willen der Siegermächte sollte das Wiederaufleben des Nazismus unter allen Umständen verhindert werden. Einflüsse auf die Verfassungsgebung in Bund und Ländern, Parteien- und Zeitungs-Lizenzierung, Maßnahmen der „re-education“ und der Entnazifizierung sollten dazu beitragen. Von deutscher Seite wurden diese Bemühungen zunächst unterstützt und insofern vorangetrieben, als die Absage an alle Formen des Extremismus sehr bald einen Kernbereich der politischen Kultur darstellte. Dieses Selbstverständnis wurde freilich unterlaufen durch das praktische Scheitern der Entnazifizierung - NS-Belastete gelangten wieder in die alten Positionen in der Industrie, den Verwaltungen und der Politik. Ärzte, Richter und Staatsanwälte blieben praktisch völlig unbehelligt von Sanktionen.² Der Kalte Krieg und die Ost-West-Verhärtungen seit 1947/48 verstärkten eine Tendenz, die Alexander und Margarete Mitscherlich später als „Unfähigkeit zu trauern“ beschrieben haben: Strukturelle Reformen auf der Basis einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit unterblieben, Probleme des Wiederaufbaus und der Integration von zehn Millionen Flücht-

² Die verfehlte Entnazifizierung bei Juristen und Ärzten ist in den zurückliegenden Jahren mehr und mehr deutlich geworden, vgl. *Medizin im NS-Staat* (= Dachauer Hefte 4), hrsg. von Wolfgang Benz und Barbara Distel, Dachau 1988 und Barbara Just-Dahlmann, Helmut Just, *Die Gehilfen. NS-Verbrechen und die Justiz nach 1945*, Frankfurt 1988.

lingen standen im Vordergrund. Politische Orientierungen der „skeptischen Generation“ (Schelsky) waren geleitet von antikommunistischen Feindbildern.

Diese Ausgangslage begründet die dominierenden Einstellungen gegenüber dem sich politisch manifestierenden Rechtsextremismus. Wo er sich regte, wurde er ignoriert, verdrängt, verleugnet, denn das Mißtrauen der Alliierten war weiter groß, der außenpolitische Kredit der Bundesrepublik gering und eine politische Auseinandersetzung hätte womöglich zutage gefördert, was sich längst abzeichnete: die Rückkehr eines Großteils der NS-Belasteten in ihre vormaligen Stellungen im Rahmen einer zügig prosperierenden Volkswirtschaft. Gegenüber offenen Formen des Rechtsextremismus, gegen die „Unbelehrbaren“, blieben zwei Möglichkeiten: entweder „unauffällige“ politische Integration nach dem Muster der NS-Belasteten oder aber entschiedene repressive Ausgrenzung.

Bis 1952: Flügelschlagen der „Ewig-Gestrigen“³

Die Gründung der Bundesrepublik und die Verabschiedung des Grundgesetzes markieren einen Bruch mit der NS-Vergangenheit auf der Ebene von Verfassung und rechtsstaatlichen Institutionen. Demgegenüber zeigen sich Kontinuitäten nicht nur in der kapitalistischen Wirtschaftsform, sondern auch im Fortwirken rechter und rechtsextremer Einstellungen und Ideen.⁴ Unter den veränderten Bedingungen sind es zunächst Kultur- und Hüfsgemeinschaften, die in vielfältiger Weise den alten (Un-)Geist fortsetzen. Das 1950 gegründete, vopolitische „Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes“ (DKEG) umfaßte unter seinem Vorsitzenden, dem ehemaligen Reichsfachschaftsleiter für Lyrik in der Reichsschrifttumskammer, Herbert Böhme, NS-nahe Literaten wie Kolbenheyer, Vesper, Blunck und andere. Das DKEG und andere Zusammenschlüsse, wie etwa seit 1949 die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Waffen-SS“ (HIAG),⁵ Zeitschriftenkreise - wie seit 1951 der um die euro-faschistische „Nation Europa“ - agitierten gegen die Entnazifizierung, heroisierten den deutschen Soldaten und suchten Berührungspunkte zu konservativen Gruppierungen. Sie boten den in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen Verurteilten und deren Angehörigen materielle und ideelle Hilfen und versuchten so, ein Netzwerk von Kontakten, Beziehungen, Ideen und Strategien aufzubauen. Offene Bekenntnisse zum

³ Vgl. zum Folgenden: Peter Dudek, Hans-Gerd Jaschke, Entstellung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik (2 Bde.), Opladen 1984; Richard Stöss, The Problem of Right-Wing Extremism in West Germany, in: West European Politics 11. Jg. Nr. 2/1988, S. 34-46. Aktuelle Informationen über die Fachliteratur finden sich in: Christine Rajewsky, Adelheid Schmitz, Nationalsozialismus und Neonazismus. Ein Reader für Jugendarbeit und Schule, hrsg. vom Rektor der Fachhochschule Düsseldorf, 1988 und Uwe Backes, Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Literatur, Köln 1989, S. 63-144.

⁴ Zur Debatte um strukturelle Kontinuität und Bruch vgl. Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, hrsg. von Martin Broszat u. a., München 1988.

⁵ Vgl. dazu H. Joachim Schwagerl, Ihre Ehre heißt Treue. Zur Traditionspflege der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS, in: Die Tribüne 28. Jg. Nr. 109/1989, S. 155-214, Nr. 110/1989, S. 204-214 (letzter Teil in Nr. 111/1989).

Nationalsozialismus werden zwar vermieden, doch prägten völkisches und nationalistisches Denken, zentriert um die Reichsidee, den Versuch, die „guten“ Seiten des Dritten Reiches zu rehabilitieren. Schon bald entstehen Strukturen einer rechten „Szene“, die durch Lager-Mentalität, Durchhalteparolen und Mythen von Verfolgung und Entrechtung geprägt ist. In diesen Zirkeln bildet sich eine öffentlich kaum in Erscheinung tretende, stille, aber zähllebigige Opposition von rechts. Hier werden die ersten organisatorischen Infrastrukturen geschaffen und stabilisiert.

Politisch suchen zunächst konservativ auftretende Parteien an die Tradition der Weimarer Deutschnationalen anzuknüpfen. In der 1950 gegründeten „Deutschen Reichs-Partei“ (DRP), dem wichtigsten Vorläufer der späteren NPD, bündelt sich die „nationale Opposition“. Obwohl sie nie über den Status einer Splitterpartei hinauskommt, kultiviert sie als Kaderpartei am nachhaltigsten den Mythos vom „Deutschen Reich“. Nationalismus und Rassismus sind ihre zentralen Ideologie-Komponenten. Erfolgreicher ist jedoch die Strategie rechtskonservativer Regionalparteien wie der niedersächsischen „Deutschen Partei“ (DP), der bayerischen „Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung“ (WAV), der „Bayernpartei“ und des „Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE). Ihnen gelingt, gestützt auf Vertriebene, Handwerker, Bauern und Teile der Mittelschichten der Sprung in die Parlamente. Erst bei den Bundestagswahlen 1957 beziehungsweise 1961 schafft es die CDU/CSU, gestützt auf die Einführung der 5-Prozent-Hürde, diesen Teil der mißliebigen Opposition von rechts programmatisch zu integrieren und deren Wählerbasis abzuschöpfen.

Anders im Fall der Ende 1949 gegründeten „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP): Sie erzielt mit einem ganz offen nazistischen Programm in der Tradition der NSDAP eine Reihe spektakulärer Wahlerfolge: elf Prozent bei der niedersächsischen Landtagswahl 1951 und zehn Prozent bei verschiedenen Bundestags-Nachwahlen Anfang 1952. Daraufhin wird sie auf Antrag der Bundesregierung vom Bundesverfassungsgericht 1952 verboten. Das Urteil steht für die Entschlossenheit der politisch Verantwortlichen, offenen Bekenntnissen zum Nationalsozialismus repressiv zu begegnen - schon aus politisch-hygienischen Gründen. Damit haben sich in der ersten Phase der Geschichte des Rechtsextremismus politische Strategien herausgebildet, die bis heute den Umgang mit den ungeliebten Rechtsaußen leiten: Tabuisierung, Verdrängung und Verleugnung so lange wie möglich, bei Wahlerfolgen jedoch „Umarmung“ durch programmatische Annäherung, aber auch, bei offenen NS-Bekenntnissen, repressive Ausgrenzung durch Verbot. Wenig später erhält die bis heute dominierende Abwehrstrategie des etablierten Konservatismus neue Nahrung: Das KPD-Verbot zementiert die „Totalitarismustheorie“, den Gedanken, rot sei gleich braun, rechter wie linker „Extremismus“ bedrohe gleichermaßen „die“ Demokratie.⁶

⁶ Vgl. Helga Grebing, Linksradikalismus gleich Rechtsradikalismus. Eine falsche Gleichung, Stuttgart/Köln/Mainz 1974.

1952 bis 1964: Zersplitterung und subkulturelle Ausprägungen

Im Gefolge des SRP-Verbotes werden Anfang 1953 zahlreiche weitere rechtsextreme Gruppierungen von den Innenministerien aufgelöst. Als Konsequenz der staatlichen Repression bleibt den Aktivisten nur der Rückzug in vorpolitische Betätigungsfelder. Zwar kandidiert die DRP weiter bei Wahlen, aber im Zuge der vor allem sozialpolitischen Integration ihres Wählerreservoirs, des kontinuierlichen wirtschaftlichen Aufschwungs und der Diffusion der Rechtsaußen-Szene ist sie praktisch mehr und mehr bedeutungslos. Stattdessen finden in soldatischen und völkischen Jugendgruppen wie der 1952 gegründeten „Wiking-Jugend“ Lern- und Ausbüdungsprozesse statt.⁷ Hier sollte ein nationalistisch begründetes Gegengewicht gegen die „Umerziehung“ geschaffen werden. Das organisatorische Rückgrat, die Kulturgemeinschaften, sorgten für ideologische Traditionsbildung und Jugendarbeit im Stile der Rechts-Bündischen und der Hitler-Jugend. Periodische Treffen stellten eine „unverdächtige“ Kontinuität her, verstärkten die Lager-Mentalität und konservierten in einem als elitär gedeuteten gesellschaftlichen Abseits das Warten auf bessere Zeiten. Im Verborgenen der rechtsextremen Subkultur, von der Öffentlichkeit kaum beachtet, wurden in kleinen Gruppen Weltanschauung, Verhaltensstile und politische Strategien vorbereitet, die später genutzt werden sollten.

Die „antisemitischen Schmierwellen“ 1959/60 zeigten, wie verletzbar und wenig souverän die Öffentlichkeit reagierte, wenn Ausbruchsversuche aus dem rechten Getto unübersehbar wurden. Als die internationale Presse die Schmieraktionen aufgriff, ließ Kanzler Adenauer ein Weißbuch erstellen. Das schrittweise Verbot des „Bund Nationaler Studenten“ (BNS) an allen Hochschulen symbolisiert einmal mehr den Zwang zur Repression, wenn Legitimationsprobleme durch Provokationen von rechts nicht anders zu lösen sind. Neben anderen nahm Adorno die „Schmierwellen“ zum Anlaß, auf den allorts fortexistierenden Antisemitismus hinzuweisen und energische Bildungsanstrengungen einzufordern. Gegen die „Unbelehrbaren“ hingegen dürfe „auf Autorität auch nicht verzichtet werden“.⁸ Die Kultusminister-Konferenz schließlich machte 1962 die Behandlung des Nationalsozialismus im Unterricht obligatorisch - freilich im Rahmen der Totalitarismustheorie.⁹

Die organisatorische Zersplitterung des rechten Lagers und die Absorption der Rechtskonservativen durch die Union waren Voraussetzungen für die Strategie der Sammlungsbewegung: Aus den Resten von DRP, BHE, DP und anderen, gestützt auf die Beziehungsnetze der Subkultur, entstand der kleinste gemeinsame Nenner: Ende 1964 wird die NPD gegründet.¹⁰

7 Vgl. Peter Dudek, Jugendliche Rechtsextremisten: Zwischen Hakenkreuz und Odalsrune 1945 bis heute, Köln 1985, S. 53ff.

8 Th. W. Adorno, Kritik. Kleine Schriften zvr Gesellschaft, Frankfurt 1973, S. 105ff.

9 Zu den Folgewirkungen dieses Beschlusses bis heute auf der Ebene der Lehrpläne und des Lehrerbewußtseins vgl. Christel Hopf, Knut Nevermann, Ingrid Schmidt, Wie kamen die Nationalsozialisten an die Macht? Frankfurt/New York 1985.

10 Vgl. zu den Hintergründen: Dudek/Jaschke (Anm. 3).

1964 bis 1971: NPD-Zwischenspiel¹¹

Der Einzug der NPD in sieben Länder-Parlamente zwischen 1966 und 1969 und ihr nur knappes Scheitern bei der Bundestagswahl 1969 (4,3 Prozent) rauben der ungefestigten Gesellschaft der Bundesrepublik die Illusion, mit dem Flügelschlagen von rechts habe es ein Ende. Die Rezession 1966/67, erstes Anzeichen für die Brüchigkeit der Parole „Wohlstand für alle“, die Wertekrise im Zusammenhang der auf Reformen drängenden Außerparlamentarischen Opposition (APO) und die mit der Großen Koalition 1966 verbundene praktische Ausschaltung der parlamentarischen Opposition sind äußere Bedingungsfaktoren, die den Aufstieg der NPD begleiten. Zwischen 1966 und 1969 werden in dynamischer Form Techniken gegen rechts angewandt, die auch heute zur Diskussion stehen: Gegendemonstrationen, investigativer Journalismus, Verbotsdrohungen, Forderungen nach Einbindung der NPD in Koalitionen (zum Beispiel von Golo Mann erhoben), verstärkter Ruf nach politischer Bildung. Der Erfolg dieser Anstrengungen ist rückblickend schwer abzuschätzen. Tatsächlich scheinen andere Gründe maßgeblich für das Verschwinden der NPD aus den Landesparlamenten nach 1969 gewesen zu sein.

Die sozialliberale Koalition setzte ab 1969 auf verstärkte Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn. Die CDU/CSU-Opposition begegnete der neuen Entspannungspolitik mit revanchistischen und nationalistischen Untertönen, die sich wenig von denen der NPD unterschieden. Sie setzte gegen die Studentenbewegung und den beginnenden Terrorismus auf die gleichen „Recht- und Ordnung“-Parolen wie die NPD und sie bekämpfte das sozialliberale Reformklima einschließlich seiner kulturellen Innovationen¹² mit ähnlich strukturkonservativ-antimodernistischer Attitüde wie die NPD. Auf diese Weise entzog die Union der äußeren Rechten ihr Wählerpotential und schaffte eine Bündelung der Opposition von rechts in den Reihen der Union.

Der NPD gelang es nicht, dieses Austrocknen unbeschadet zu überstehen: Ab 1971 zerbricht die Partei an inneren Auseinandersetzungen, zerfasert in Abspaltungen und existiert bis Ende der achtziger Jahre als mehr oder weniger bedeutsame Splitterpartei. Sie hat ihr Strukturproblem erst in den letzten Jahren lösen können: Der NPD-Aufstieg 1966 bis 1969 war das letzte Aufbäumen der Airvorderen, der NS-Aktivisten, der „Ewig-Gestrigen“. Sie verschwinden ab etwa 1971 von der politischen Bühne und machen Platz für eine jüngere Generation. Das Wiederaufleben der NPD Ende der achtziger Jahre ist auch ein Indikator für den abgeschlossenen Führungswechsel, den Austausch der politischen Generationen.

11 Vgl. dazu Reinhard Kühnl u. a., Die NPD, Frankfurt 1969; Lutz Niethammer, Angepaßter Faschismus. Politische Praxis der NPD, Frankfurt 1969; Richard Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch, Opladen 1986 (4 Bde.).

12 Dieses Klima ist eindringlich beschrieben in: Hermann Glaser, Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Protest und Anpassung 1968-1989, München/Wien 1989, S. 19-94.

1971 bis 1983: Generationswechsel, jugendliche Militanz, „Neue Rechte“

CDU und CSU haben bis zur „Wende“ 1982/83 die politische Hegemonie als Opposition von rechts praktisch unangefochten verteidigt. Ernstzunehmende Alternativen von rechts kamen, wenn überhaupt, nicht von der NPD, sondern, etwa als Diskussion über eine „vierte Partei“, mitten aus der CSU. Organisierter Rechtsextremismus wird nach der NPD-Krise effektiv zurückgedrängt in den vorparlamentarischen Raum, das öffentliche Interesse bröckelt ab. Tabuisierung und Ignoranz übersehen freilich, daß sich im rechten Lager tiefgreifende Umbrüche vollziehen. Die „alte Rechte“, biographisch tief verstrickt in den Nationalsozialismus, sammelt sich ab 1971 um die „Deutsche Volkunion“ (DVU) des Münchener Verlegers Gerhard Frey und setzt insoweit die Strategie vopolitischer Kultur- und Hilfgemeinschaften der fünfziger Jahre fort. Die DVU kultiviert über Jahre vor allem in der auflagenstarken „Deutschen National-Zeitung“ Traditionspflege und rechtsextreme Deutungsmuster, ergänzt durch Veranstaltungen, Buch- und Zeitschriften-Angebote. Im Kern besteht ihre soziale Funktion darin, die Lebensgeschichten der NS-belasteten Leser permanent zu rechtfertigen - bis 1987 ohne politisches Programm und ohne politischen Anspruch.¹³

Andere, jüngere, radikalieren sich aus Enttäuschung über den „bürgerlichen“ Kurs der NPD in neonazistischen Aktionsgruppen und üben eine nicht unbeträchtliche Faszination auf Jugendliche aus.¹⁴ Später verbotene Gruppen wie die „Wehrsportgruppe Hoffmann“, die „Volkssozialisten“ und die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS) verfechten die Propaganda der Tat, provozieren nachhaltig durch spektakuläre öffentliche Aktionen die Verletzbarkeit der nach rechts porösen politischen Kultur und werden zum Aufgabebereich etwa sozial abgestiegener Jugendlicher und Teil der jugendlichen Außenseiter-Subkulturen. Militanz und antibürgerliche Provokation machen Phänomene des jugendlichen Rechtsextremismus zu einem ernsthaften Problem der schulischen und außerschulischen Jugendarbeit - politische Perspektiven entfalten sie freilich nicht.

Wieder andere, programmatisch Interessierte, arbeiten nach dem Vorbild der französischen „Neuen Rechten“ in Theoriezirkeln an einer diskussionsfähigen neurechten Theorie - in der Erkenntnis, daß der „alte“ Nationalismus historisch überlebt ist und neuer Denkansätze bedarf.¹⁵ Die sich als kulturkämpferisch-elitär verstehenden Zeitschriftenzirkel suchen die Nähe des nicht angepaßten Konservatismus und entwickeln in den siebziger Jahren Deutungsmuster, die sich heute mehr oder weniger in den Programmen der „Republikaner“ und der NPD wiederfinden: Neutralismus zwischen den

13 Vgl. Peter Dudek, Hans-Gerd Jaschke, Die Deutsche National-Zeitung. Inhalte, Geschichte, Aktionen, München 1981.

14 Vgl. Eike Henmg, Neonazistische Mütanz und Rechtsextremismus unter Jugendlichen, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1982 und Wilhelm Heitmeyer, Rechtsextremistisch motivierte Gewalt und Eskalation, in: W. Heitmeyer u. a. (Hrsg.), Jugend - Staat - Gewalt, Weinheim/München 1989, S. 205-218.

15 Vgl. Margit Feit, Die „Neue Rechte“ in der Bundesrepublik, Frankfurt/New York 1987.

Blöcken, Wiedervereinigung als Konföderation, dritter Weg zwischen Sowjetkommunismus und amerikanischem Kulturimperialismus, „nationale Identität“ und Patriotismus als Ersatz für die alte, imperiale Reichsidee.

Parteien, Innenministerien, Gewerkschaften und politische Bildung reagieren auf all diese unübersichtlichen Strömungen, wenn überhaupt, nach den alten Mustern: Mit der Ausstrahlung des Fernsehfilms „Holocaust“ erreicht die Forderung nach Aufarbeitung des Nationalsozialismus 1979 ihren Höhepunkt. In der politischen Pädagogik dient sie als Kernstück der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Demonstrationen werden erweitert um die Variante „Rock gegen rechts“, „antifaschistische“ Verbotsforderungen werden in den achtziger Jahren von den Innenministerien in die Praxis umgesetzt.¹⁶

Übersehen wurde dabei die politische Innovations- und die strategische Regenerationsfähigkeit des rechten Lagers. Daß die Zersplitterungen in altrechten Traditionalismus (DVU), Theoriezirkel der „Neuen Rechten“ und militante Jugendorganisationen ein historisches Vorspiel bedeuten könnten für politische Veränderungen, daß rechtsextreme Politik unter bestimmten Bedingungen wieder attraktiv für Wähler werden könnte - diese Perspektive ist kaum beachtet worden. Seit 1983 aber scheinen sich entscheidende Bedingungsfaktoren zugunsten der Rechten verändert zu haben - die Wahlerfolge seit Januar 1989 sind daher nicht als plötzliche Eruptionen zu deuten, sondern eher als absehbare Konsequenzen bestimmter politisch-sozialer Konstellationen.

Seit 1983: Rechtsextremismus wird politikfähig

Die politische Hegemonie von CDU/CSU als einziger Opposition von rechts entfällt mit der „Wende“ 1982/83. Das Schlagwort von der „geistigen Wende“ verspricht, linksliberale Positionen und Strukturen zurückzudrängen, bürgerliche Werte und Tugenden zu rehabilitieren und so eine politische Marktlücke rechtsaußen erst gar nicht aufkommen zu lassen. Mit dem Vordringen des konservativ-liberalen „aufgeklärten Konservatismus“ (Biedenkopf, Geissler, Süßmuth) reklamiert der rechte Unionsflügel samt dem dazugehörigen Umfeld die zögerliche, ja schließlich ausbleibende geistige und politische „Wende“. Nicht innerhalb der Union, sondern außerhalb werden Strategien inszeniert, die das Wendemanöver nun vollziehen sollen. Am rechten Rand entstehen Theoriezirkel und „Denkfabriken“ nach dem Vorbild des amerikanischen Konservatismus, die als Stichwortgeber fungieren und nationalkonservative Programmatiken hefern.¹⁷ Nach „Bitburg“, den peinlichen Feierlichkeiten um den vierzigsten Jahrestag des Kriegsendes, der Verbeugung des Kanzlers beim Schlesiertreffen 1985 und im „Historiker-Streit“ um den Ort des Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte, wird Geschichtspolitik

16 Nähere Informationen in: Hans-Gerd Jaschke, Auf dem rechten Auge blind? Innere Sicherheit, streitbare Demokratie und das Primat der Gesinnungsjustiz, in: Gerhard Paul (Hrsg.), Hitlers Schatten verblaßt. Die Normalisierung des Rechtsextremismus, Berlin/Bonn 1989, S. 164-194.

17 Vgl. Claus Leggewie, Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabriken der Wende, Berlin 1987.

ein riskantes Unterfangen, denn die Schnittmengen zum „geläuterten“, theoriefähigen Rechtsextremismus nehmen zu. In den Auseinandersetzungen um Nationalismus und „nationale Identität“ sind die Grenzlinien zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus mehr und mehr verschwommen.¹⁸ Das gemeinsame Programm heißt: Die Bundesrepublik soll endlich das ihr zukommende Selbstbewußtsein, ihre nationale Identität zurückgewinnen, die Schatten des Dritten Reiches endlich überwinden, um im Konzert der Nationen auch international mithalten und nach innen volkspolitische Grenzlinien gegen die „Überfremdung“ durch Ausländer begründen. Das aber bedeutet eine Senkung der historisch gewachsenen Hemmschwellen gegenüber den Konsequenzen der NS-Vergangenheit. Von daher hat der rechte Unionsflügel - entscheidend geschwächt durch den Tod des autoritären Rechtspopulisten Franz Josef Strauß - die Integrations- und Absorptionskompetenz der Union nach rechts selbst provoziert und im Ergebnis gewaltig überschätzt. Diese Konsequenz einer jahrelang künstlich hochgehaltenen Verkennung des rechten Extremismus wird beschleunigt durch sozialstrukturelle Umschichtungen auf der einen, Modernisierungen des rechten Lagers auf der anderen Seite.

In sozialstruktureller Hinsicht zeichnen sich seit Jahren Lockerungen der Partei-Bindungen ab.¹⁹ Ursächlich dafür sind die Auflösung traditionaler politischer Milieus und Stammwählerschaften im Zuge des gesellschaftlichen Wandels, die Einebnung der Klassengegensätze im Rahmen der „Risikogesellschaft“ und die Errichtung neuer Konfliktfronten im Zusammenhang der „postmaterialistischen“ neuen sozialen Bewegungen. Die langfristigen Folgen dieser Erosionsprozesse für das Parteiensystem sind derzeit noch nicht abzuschätzen, kurzfristig jedoch bedeutet dies, daß der Stammwähleranteil der etablierten Parteien bröckelt und ein verschärfter Kampf um neue Wähler einsetzt.

Die Politik der „Wende“ hat übersehen, daß der in Kauf genommene Ausschluß eines Drittels von der angemessenen Teilhabe am Sozialprodukt im Rahmen der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ soziale Konfliktherde erzeugen kann, die durchaus ein rechtsextremes Wählerpotential bilden können. Eine „Leistungsgesellschaft“ definiert sich auch über den Abstand von Gewinnern und Verlierern, ungerechtfertigten Privilegien und hohem sozialen Leidensdruck. Soziale Krisen erzeugen, dafür liefert die deutsche Geschichte im zwanzigsten Jahrhundert genügend Beispiele, immer auch Protestpotentiale von rechts. Die sträfliche Geringschätzung dieser Möglichkeit durch die Union drückt sich zum Beispiel darin aus, daß der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Barschel die „Sinus-Studie“ von 1981, die 13 Prozent Wähler mit

¹⁸ Vgl Arno Klönne, Zurück zur Nation' Köln 1984, Elke Hennig, Raus „aus der politischen Kraft der Mitte“¹ Bemerkungen zur Kritik der neokonservativen Geschichtspolitik, in Gewerkschaftliche Monatshefte 3/1987, S 160 170, und Die neue deutsche Ideologie, hrsg von Wieland Eschenhagen, Darmstadt 1988 Eindrucks volle Belege anhand von Zeitschriftenanalysen finden sich in Siegfried Jäger (Hrsg), Rechtsdruck Die Presse der Neuen Rechten, Berlin/Bonn 1988

¹⁹ Vgl Peter Gluchowski, Lebensstile und Wandel der Wählerschaft in der Bundesrepublik Deutschland, in Aus Politik und Zeitgeschichte B 12/1987, S 18 32

einem „konsistenten rechtsextremen Weltbild“ ermittelte, als „Beleidigung des deutschen Volkes“ bezeichnet hat.

Ausgebliebene „geistige Wende“, riskante Thematisierung rechter Zusammenhänge anhand sozialer Konfliktlinien (Ausländer, Asylbewerber), nachhaltige, durch tiefgreifende Skandale (Parteispenden, Diäten, Barschel-Affäre), moralisch fundierte Erosionen der Parteien-Loyalitäten - dies sind die äußeren Bedingungsfaktoren für die Renaissance der Rechten. 1987 verbinden sich NPD und DVU: Wahlabsprachen und die Kooperation von Parteiapparat (NPD) und „großem Geld“ (DVU/Frey) bringen parlamentarische Erfolge bei der Bremer Bürgerschaftswahl 1987 und den hessischen Kommunalwahlen 1989. Sie dokumentieren, was sich bereits vorher abzeichnete: den Ausbruch aus dem Rechtsaußen-Getto, doch diesmal nicht, wie 1964, als Sammlungsbewegung, sondern arbeitsteilig und in Konkurrenz zu einer neuartigen Strömung: Die „Republikaner“, 1983 als CSU-Abspaltung gegründet, verzeichnen seit Januar 1989 beachtliche Erfolge. Ermutigt werden beide Gruppierungen von den parlamentarischen Erfolgen des französischen Front National unter Jean-Marie Le Pen seit 1983 und dem aufsehenerregenden Durchmarsch des österreichischen FPÖ-Rechtsaußen Jörg Haider bis zum Kärntener Landeshauptmann. Vor dem Hintergrund der Geschichte des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik sind die „Republikaner“ ein Novum: Sie verbinden den rechtskonservativen Populismus der kleinen Rechtsparteien der fünfziger Jahre (DP, BHE, Bayernpartei) mit den kommunikativ dichten Beziehungsnetzen und den organisatorischen Infrastrukturen des alten rechten Lagers. Hier kämpfen sie mit guten Erfolgsaussichten gegen NPD und DVU-Liste D um die politische Hegemonie; dort schicken sie sich an, in populistischer Weise, nahe am „kleinen Mann“, die CSU-geprägte politische Monostruktur Bayerns aufzubrechen. Harald Neubauer, bayerischer Landesvorsitzender, Generalsekretär, Vordenker und rechte Hand Schönhubers, mit jahrelanger NPD- und DVU-Erfahrung ausgestattet, hat schon 1985 dargelegt, welche strategischen Lernprozesse für die Rechte aus seiner Sicht zu ziehen sind:

„Es wird kein zweiter Hitler sein, der den Bonner Staat auf die Probe stellt, kein Imitator, der uns in seinen Bann schlägt. Es wird sich vielmehr um ein unverwechselbares Original handeln, um eine Erscheinung, die ihrer Zeit angemessen ist und deren Bedürfnissen entspricht. Ähnlichkeiten werden sich verschlüsselt bestenfalls dem Experten offenbaren, nicht aber der Masse des Wahlvolkes. Die Verführung tritt an ihre Opfer einfallsreich und phantasievoll heran, sie stolziert nicht in klischeehafter Wiedererkennbarkeit daher.“²⁰

Der Erfolg dieser Strategie, die konzentriert und knapp die Lernprozesse des Rechtsextremismus bündelt, wird begünstigt durch die veränderten politischen Rahmenbedingungen: Patriotismus, Law-and-order-Parolen und das Geschrei von der „Überfremdung“ des deutschen Volkes denken nur das zu

²⁰ Harald Neubauer, Wo bleibt die deutsche Rechte⁵ in Deutsche Annalen Jahrbuch des Nationalgeschehens, Leom 1985, S 134-156, hier S 135

Ende, was im Umfeld des rechten Unionsflügels zuvor gefordert wurde, kommen aber auch den Modernisierungsprozessen rechtsextremer Programmatik entgegen. Die Senkung der Hemmschwellen nach rechts, gelockerte Partei-Bindungen und der vollzogene Generationswechsel im rechten Lager treffen jetzt zusammen und polarisieren die Wählerbasis: Ältere über 55 Jahren und Jüngere unter 25 Jahren zeigen sich als besonders anfällig.

Wie weiter? Lassen die veränderten Konstellationen Ausblicke zu? Was kann man aus der Geschichte des Rechtsextremismus lernen? Er hat ganz offensichtlich eine eigenständige historisch-politische Dynamik entwickelt. Sie wurde allzu lange unterschätzt und ignoriert. Der parlamentarische Vormarsch von rechts war lange absehbar. Daß er weitgehend auf öffentliche Fassungslosigkeit trifft, rührt aus dem Gemisch von Ignoranz und Verdrängung her, mit dem jahrelang rechtsextremen Protestformen begegnet wurde. Insofern ist eine Analyse, die das Ausfransen nach rechts als quasi-gesetzmäßiges Pendant zur Ablösung nach links durch die GRÜNEN bezeichnet,²¹ irreführend. Sie leistet jenen Schützenhilfe, die das parlamentarische Erstarken der Rechten in der Bundesrepublik für einen - international gesehen - Prozeß der Normalisierung halten. Dabei wird übersehen, daß angesichts der politisch-moralischen Hypotheken der NS-Vergangenheit, angesichts des Imperativs, aus der Geschichte zu lernen und Wiederholungen - in welcher Form auch immer - ganz besonders entgegenzutreten, eine „Normalisierung“ nicht tatenlos hinzunehmen ist. Rechtsextremismus in der Bundesrepublik ist eine eigenständige politische „Strömungsgröße“ (Stöss) mit spezifischer Traditionsbildung, die auf besondere Kontrolltraditionen der Gesellschaft trifft. Er ist unter bestimmten Voraussetzungen durchaus in der Lage, machtpolitische Ansprüche anzumelden.

Auf der anderen Seite liegt in der Renaissance der Rechten aber auch eine Chance: Sie führt zum Zwang der politischen Verständigung über Grundlagen und Perspektiven von Demokratie und Sozialstaat, nötigt zur Überprüfung alter, rituell gewordener Umgangsformen mit der extremen Rechten und dem Erbe des Nationalsozialismus, provoziert eine allzu selbstgenügsame politische Kultur. Sie sollte zum Nachdenken darüber führen, was eigentlich aus der Geschichte des Dritten Reiches gelernt werden kann, welche Konsequenzen heute daraus verbindlich sind. Dieser Tagesordnung darf nicht ausgewichen werden, diese Chancen gilt es zu nutzen.

21 So Claus Leggewie, Die Zwerge am rechten Rand, in: Politische Vierteljahresschrift 28. Jg. Nr. 4/1987, S. 361-383, hier S. 364. Ähnlich: Emil-Peter Müller, Republikaner und Grüne - zwischen Ideologie und Protest (= Beitr. zur Gesellschafts- und Bildungspolitik 146, hrsg. vom Institut der deutschen Wirtschaft), Köln 1989, S. 21 ff.